

St  
NUNG  
LUNG

Durch die  
7 Uhr  
12

schen  
ien 15, 8, 10  
10 2500  
r Tanz  
s Ballet!

straße 4  
m Rahm

bahn  
4.

Größt  
irufu  
iefe

Märchen  
erzählungen  
merplatz 10

erbuch  
vermehrt  
erplatz 10.

den 9. Juli  
Uhr  
konzert  
lus  
rette  
onath.  
Abend

er  
21  
erkennt  
albräu-  
Gläser!

te  
den

# Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden  
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonto:  
Gebr. Hamisch, Dresden  
und Südl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beleglohn  
nach der Arbeit und "Voll und Heil" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde max wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,  
Fernsprecher Nr. 25261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeheude  
40 Pros. Rabatt. Für Briefnachlieferung 10 Pf.

Nr. 157

Dresden, Donnerstag den 9. Juli 1925

36. Jahrg.

## Außer Reih und Glied

Die Regierung der Volksminderheit

Die Hoffnungen des Parteivorstandes, mit seiner Ent-  
scheidung die Spaltung in der sächsischen Fraktion zu beheben,  
und durch das Verhalten der Dreiundzwanzig  
aufgewandten geworden. Sie haben gestern im Säch-  
sischen Landtag gegen den Auflösungsantrag gestimmt und  
somit auch einen Strich zwischen sich und dem Reichspartei-  
vorstand gezogen.

Um das Verhalten der Dreiundzwanzig in seiner ganzen  
Schönheit würdigen zu können, muß man erkennen, wie sehr  
in der Parteivorstand für die Auflösung eingeleitet hat. Wir  
bringen heute einen Bericht über die Verhandlungen, die am  
Dienstag zwischen Landesinstanzen, Fraktion und zwei Partei-  
vorstandsvertretern stattfanden, und wollen hier diesen offi-  
ziellen Bericht um einiges ergänzen. Die Genossen  
Stellung und Crispian vom Parteivorstand haben den  
Dreiundzwanzig die Bedeutung der Situation nachdrücklich  
vorgelegt. Wir stehen vor Landtagswahlen in einigen  
anderen Einzelstaaten, wir kämpfen eine schwere Schlacht  
gegen Bollwucher und Volksausbungerung; unsere Aufgabe ist es,  
auf dem Parteitag unsere Forderungen  
schräglings zu formulieren und die Waffen für die Kämpfe  
der Zukunft zu schärfen. Wir können darum heute weniger  
von je einen Konflikt in der sächsischen Partei brauchen und  
haben notwendigeres zu tun, als uns auf dem Parteitag  
widerum mit der sächsischen Fraktion zu beschäftigen. Die  
Fraktion kann keine Krisen brauchen. Der Parteivorstand  
müßte darum den Bezirksvorständen Sachsen vor, ihre Aus-  
sichtsanträge zurückziehen, und verpflichtet damit die Drei-  
undzwanzig, den übrigen Teil der Parteivorstandsentscheidung  
unverzüglich zu erfüllen.

Das waren die Hauptgesichtspunkte, die Stellung den  
Dreiundzwanzig nachdrücklich vor Augen führte. Für die  
Parteivorstände war es nicht leicht, über die Köpfe der Mit-  
glieder hinweg die Ausschlußanträge zurückzuziehen, sie  
schürten sich trotzdem dazu bereit, wenn damit die Geschlossen-  
heit und Einheit der sächsischen Partei sofort herbeigeführt  
werden könnte. Noch gestern vormittag sandte der Partei-  
vorstand den Dreiundzwanzig ein Telegramm, in dem  
er die von ihm dargelegte Notwendigkeit noch einmal unter-  
strich. Alle diese Bemühungen scheiterten an den Dreiund-  
zwanzig.

Ihre Begründungen für ihre Haltung sind so faden-  
schlemmig und widerspruchsvoll wie ihre Politik. In jener  
Fragestellung erklärten sie die Landtagsauflösung jetzt für  
unmöglich, weil erst die Schiedsgerichtsprüfung fallen müßte.  
Es sei nicht zulässig, die Ausschlußanträge in diesem Stadium  
des Verfahrens zurückzuziehen. Die Dreiundzwanzig als  
Minderheit des Parteistatus — welche groteske Situation! Im  
Landtag aber begründeten sie die Ablehnung des Auflösungs-  
antrages mit Hinweis auf die Wichtigkeit ihrer Tätigkeit und  
den Fortbestehen dieser Regierung. Wir brauchen an dieser  
Stelle die sächsischen Koalitionsergebnisse nicht noch einmal  
darüber positionieren zu lassen. Allein zwei Ergebnisse der letzten  
Zeit — auf gefeßelter Gebiet die Verhandlung der  
Bundreform, in der Personalpolitik die Wahrung der  
Einheit — genügen, um in der Arbeiterkammer alles Vertrauen  
in dieser Regierung zu vernichten. Die Fraktionsminderheit  
schränkte sich mit ihrer Haltung immer auf die Mehrheits-  
entscheidungen der sächsischen Partei berufen, die Dreiund-  
zwanzig nicht. Sie machten nur geltend, daß Parteivorstand  
und Parteiauswahl hinter ihnen stünden und das seien die  
Vertreter der Mehrheit der Reichspartei. Heute müssen sie  
auf diese Argumentation verzichten; nichts steht hinter  
ihnen.

Wenn es ihnen auf eine Verständigung an-  
kommen wäre, wenn sie die Interessen der Partei ihren  
eigentlichen Interessen und Auffassungen voranstellen wollten,  
so war ihnen noch gestern die Möglichkeit gegeben, den  
Landtag und die Abstimmung über den Auflösungsantrag  
auf heute oder Freitag vertagen zu lassen; sie entschieden sich  
für die sofortige und damit auch für ihre eigene Erledigung.  
Aber gab es noch eine kleine Zahl Genossen, die hinter ihnen  
stehen, weil sie vermutete, daß die Leitung der Reichspartei  
die Haltung der Dreiundzwanzig im großen und ganzen  
billige. Das kann heute niemand mehr hoffen, und wer etwa  
den Reichsparteitag abwarten will, dem darf von vornherein  
klar werden, daß die sächsischen Disziplinbrecher in Heidel-  
berg sofort abfahren werden.

In bürgerlichen Blättern wird infolge der gestrigen  
Entscheidung bereits eine Vertiefung des sozialdemokratischen  
„Konfliktes“ prophezeit und mehr oder weniger deutlich  
ausgesprochen. Der Wunsch ist auch hier der Vater des Gedankens.  
Sicherlichkeit wird nur eins vertieft und verbreitert: der  
Konflikt zwischen der sächsischen Partei und dreiundzwanzig  
als Koalition, die sich abseits der Sozialdemokratie  
aufbewahrt, ein Akt, der seit gestern auch zwischen ihnen und der  
Reichsparteileitung sichtbar geworden ist. Die sächsische Par-  
teileitung dagegen steht noch dieser Klärung geschlossener und  
einheitlicher da als vorher, denn wer mag den Dreiundzwanzig  
in den Abgrund folgen, vor dem sie jetzt stehen?

Wir wissen nicht, wie sich die Regierung heute in ihrer  
Haltung fände. Das ist eine Sache der Intelligenz und  
einem Übertritt dieses Gutes leiden verschiedene Leute  
in der sächsischen Regierung durchaus nicht. Es ist darum gar  
nicht auszusprechen, daß sie die Geldt und Genossen heute  
noch als Sieger fühlen und kein Verhängnis dafür

haben, wie peinlich es bleibt, sich von einem Dr. Veitler  
Angst vor der Wählerkraft attestieren lassen zu müssen. Tat-  
sächlich ist diese Regierung selbst längst ein Schlag ins Gesicht  
der Demokratie. Denn ihre Mehrheit muß auch dem ob-  
jektiven Betrachter mehr denn fragwürdig erscheinen. Sofern  
es der Sinn des parlamentarischen Regimes ist, mit der par-  
lamentarischen Mehrheit auch die Mehrheit des Volkes zu  
vertreten, ist die Grundlage der sächsischen Regierung längst  
unhaltbar geworden. Sie hat mit den dreiundzwanzig An-  
führern heute nicht etwa die Sozialdemokratie hinter sich, son-  
dern eben dreiundzwanzig Sonderbündler, die Politik auf  
eigene Faust treiben und das Vertrauen derer, die sie mit  
Mandaten betrauten, längst verloren. Mit einigem Ge-  
fühl für politische Reinlichkeit und Klarheit  
müßte darum diese Regierung längst von  
selbst die Konsequenzen aus der unhaltbaren  
Sachlage gezogen haben. Wir können uns darum  
auch nicht denken, daß dieser Landtag eines natürlichen Todes  
stirbt. Wenn er im Herbst wieder zusammentritt, wird sich  
die Situation vor dem Lande als unhaltbar erweisen und die  
Auflösung wahrscheinlich auch gegen den Willen der Drei-  
undzwanzig erfolgen müssen.

Die bürgerlichen Parteien werden sich dann diese Aktion  
auch leichter gestalten können. Der Mohr hat das Feigen-  
blatt für eine unendliche Koalitionspolitik gebildet, er hat  
zu diesem Zweck seine eigene Partei schwächen und nahezu  
desorganisieren helfen, der Mohr kann gehen. Welch eine  
glorreiche Rolle! Wir haben uns bis heute trotz unserm  
Standpunkt bemüht, die Haltung der Dreiundzwanzig mit  
ihren Hoffnungen auf den Parteivorstand und mit der Ein-  
stellung des Parteivorstandes zu verteidigen und zu erklären...  
heute fehlt uns für das Vorgehen dieser isolierten „Frak-  
tionsmehrheit“ jede menschlich oder politisch vertretbare Er-  
klärung. Die Gesamtpartei hat aus dieser neuen Sachlage  
ihre Konsequenzen zu ziehen und nach außen hin deutlich zu  
machen, daß sie jede Verantwortung für die Weiterregierung  
der Koalition selbst und ihre Resultate ablehnen muß.

Unsere Parteigenossen in Sachsen aber werden nach dieser  
Klärung der Situation erst recht alle Kräfte an-  
spannen, um die Einheit der Organisationen zu erhöhen und  
ihre Schlagkraft für die Kämpfe der Zukunft wie für den  
kommenden sächsischen Wahlkampf zu stärken.

## Die Darlegungen des Parteivorstandes

Der Parteivorstand gibt über die am Dienstag im  
Landtagsgebäude unter seinem Vorsitz stattgehabte Sitzung, an  
der die Landesinstanzen mit je vier Vertretern aus den Bezirken,  
der Landesarbeitskommission, die Fraktionsmehrheit und die Fraktions-  
minderheit sowie die Vertreter der politischen Redaktionen teil-  
nahmen, folgenden Bericht heraus:

Der Parteivorstand hat zur Beilegung des Partei-  
konflikts in Sachsen wiederholt Einigungsvorschläge unter-  
breitet, die jedoch von der einen oder anderen Seite abgelehnt  
worden sind. Die Verschärfung des Konflikts zwang den  
Parteivorstand am 3. Juli zu einer neuen Entscheidung. In  
ihm wird erklärt, daß es die Pflicht der sächsischen Partei-  
vertreter im Landtag ist, „zunehmend ungesäumt die Auf-  
lösung des Landtages herbeizuführen, um damit die Grund-  
lage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einheit  
und Geschlossenheit der sächsischen Par-  
tei, die allen anderen Erwägungen vorangestellt werden  
muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung  
ist. Dazu gehört die vorherige Erledigung der schwebenden  
Schiedsgerichtsverfahren, denn es dürfte für keinen Partei-  
genossen zweifelhaft sein, daß ein Wahlkampf für die Partei  
unter den ungünstigsten Umständen geführt werden müßte,  
wenn Parteigenossen in herbortragenden Vertrauensstello-  
gen wegen ihrer politischen Tätigkeit unter Androhung des  
Ausschlusses aus der Partei stehen. Deshalb sind die  
sächsischen Organisationen verpflichtet, alles zu tun, damit die  
schwebenden Ausschlußverfahren endlich erledigt werden.“

Zwei Vertreter des Parteivorstandes wurden beauf-  
tragt, über die näheren Modalitäten mit der Gesamtvertei-  
tung der Sozialdemokratischen Partei im sächsischen Land-  
tag und den Organisationsvertretern der vier sächsischen  
Bezirke in Dresden zu verhandeln. Leider standen die Ver-  
treter des Parteivorstandes bei ihrer Ankunft in Dresden am  
7. Juli vor fertigen Tatsachen. Die Minderheit der Land-  
tagsfraktion hatte bereits den Antrag auf Auflösung des  
Landtages gestellt, ohne vorher mit der Fraktionsmehrheit  
Führung genommen zu haben.

Die Fraktionsmehrheit hatte vorher in einer  
Sitzung einen Beschluß gefaßt, auf dessen Inhalt wir an  
dieser Stelle nicht eingehen wollen, sogleich manches dazu zu  
sagen wäre. Der Beschluß lautet:

„Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit ist auf ausdrück-  
liches Verlangen des Parteivorstandes die Koalition mit den Demo-  
kraten und der Deutschen Volkspartei eingegangen. Ebenso hat

## Erst Zölle, dann Sicherheitspakt

Die außenpolitische Debatte verschoben

Im Kabinettsrat des Reichstages setzten am Mit-  
woch der Reichskanzler und der Reichsaußenminister die  
Gründe auseinander, weshalb nach ihrer Auffassung vor der  
Absendung der deutschen Note eine außenpolitische Debatte  
im Reichstage nicht unzulässig sei. Eine Einigung über  
den Termin der Debatte wurde unter den  
Parteien nicht erzielt. Die bürgerliche Mehrheit  
war aber entschlossen, die Aussprache nicht vor der Ab-  
sendung der Note stattfinden zu lassen. — Im übrigen ist  
über die Geschäftslage des Reichstages zu berichten, daß am  
Freitag die beiden Aufwertungsgesetze für Hypotheken und  
öffentliche Anleihen in das Plenum gelangen und bis Mit-  
wochabend deraufschleiben sein sollen. Dann dürften die  
Steuergesetze zur Beratung gelangen. Ein Termin für den  
Beginn der Sommerferien steht noch nicht fest.

grund treten. Vor allem aber ist festzustellen, daß die  
Zentrumspartei auf dem besten Wege ist, ihre Vergangenheit  
aus den letzten vier Jahren zu verleugnen.

## Der Ruhhandel über die Zollvorlage

D. Berlin, 9. Juli. (Eig. Zuspruch.) Am Mittwoch  
hatte der Reichskanzler Dr. Luther eine Konferenz  
mit den Führern der Regierungsparteien, um mit  
ihnen die Möglichkeit einer raschen Verabschiedung der  
Steuergesetze, des Aufwertungsgesetzes und  
der Zollgesetze zu besprechen. In dieser Besprechung  
waren, wie die Botschaftliche Zeitung zu berichten weiß, ursprüng-  
lich auch Einladungen an die Führer der Oppositions-  
parteien ergangen. Sie wurden aber später als „ir-  
rätlich“ zurückgezogen. Ueber diese Aussprache, an der  
Botschaft für die Deutschnationalen, Dr. Scholz für die  
Volkspartei und Fehrenbach für das Zentrum teilnahmen,  
wird amtlich mitgeteilt:

„Am Mittwochabend während der Plenarsitzung fanden  
Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und  
Vertretern der Regierungsparteien statt. Es kam dabei all-  
gemein der Wunsch zum Ausdruck, daß eine Einigung  
über die Zollvorlage zwischen den Regierungsparteien  
möglichst bald erreicht werden möge, damit die Zoll-  
vorlage noch vor den Sommerferien zur Ver-  
abschiedung kommen kann. Wenn eine Einigung erreicht  
wird, werden die Verhandlungen des Reichstages wahrscheinlich  
Ende Juli ihr Ende finden.“

Die Unterredung drehte sich in der Hauptsache um die  
Verabschiedung der Zollvorlage. Der Reichskanzler drängte  
darauf, daß die Regierungsparteien möglichst rasch zu  
einem Kompromiß über die Zollvorlage kommen, wovon  
man heute noch sehr weit entfernt ist. Der Wunsch des Reichs-  
kanzlers geht dahin, dieses Kompromiß schon bis Diensta-  
g nach Eröffnung der Sommerferien herbeizuführen, um die Vorlage noch Ende  
Juli oder frühestens Anfang August zu verabschieden. Die  
Deutschnationalen, bei denen selbstverständlich die  
Zollvorlage den Vorrang vor allen anderen parlamentarischen  
Arbeiten genießt, möchten am liebsten die Verabschiedung der  
Zollvorlage vor den Steuer Gesetzen vornehmen. In  
ihrer Absicht, zu beschleunigen, schweigen sie sich bei den Aus-  
sichtserwartungen völlig aus. Dennoch dürfte es mehr als  
sicherhaft sein, daß die Zollvorlage bereits Mitte nächster  
Woche an das Plenum kommt.

Die Sozialdemokratie wird wenigstens die Absicht der  
Durchverhandlung dieser hochwichtigen und für das ganze Volk  
folgenreicheren Vorlage mit allen Mitteln zu vereiteln suchen.